

Schulkrise: Bildungsministerium ohne Plan

An den Schulen brennt die Luft. Angesichts von massivem Unterrichtsausfall war es nur eine Frage der Zeit, dass sich jetzt Brandbriefe und Not-Apelle aus Schulen und Elternschaft stapeln. Die Fraktion DIE LINKE fordert einen schnellen Kurswechsel.

– Seiten 6 & 7



Kliniken am Limit

Wie können wir die Krankenhäuser retten?

Havelberg, Gardelegen, Genthin, Zeitz – die Liste der Kliniken, die geschlossen sind bzw. denen Schließungen drohen, wird immer länger. Selbst in Magdeburg wurden Stationen wie die Kinderintensivmedizin dichtgemacht. Das Kliniksterben in Sachsen-Anhalt muss sofort gestoppt werden.

– Seiten 2 & 3



Liebe Leserinnen und Leser,

Solidarität statt Ellenbogen – das ist die Grundmotivation der Fraktion DIE LINKE. Während Herr Haseloffs Landesregierung dabei zuschaut, wie Preise für Lebensmittel, Strom und Heizen dauerhaft hoch sind, fordern wir mehr soziale Gerechtigkeit: Wir brauchen umgehend bezahlbare Grundkontingente an Strom und Gas für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, damit kein Kühlschrank leer bleiben muss und niemand in Armut abrutscht.

Wir fordern die Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen durch einen Gerechtigkeitsfonds für DDR-Renten – dafür kämpft die Fraktion DIE LINKE seit Jahrzehnten! Die Hälfte der Krankenhäuser hat zudem angesichts von Inflation und Personalengpässen die Reduzierung von Leistungen angekündigt. Die Kliniken benötigen deshalb dringend einen Rettungsschirm. Die Fraktion DIE LINKE will Kliniken sanieren, neue Technik beschaffen und das Krankenhauspersonal entlasten. Dafür kämpfen wir an Ihrer Seite – sprechen Sie uns einfach an. Wir hören nicht nur zu, sondern handeln!

Ihre Eva von Angern



Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende

Weißer Fabriken? Kliniken unter Druck

Rund die Hälfte der Krankenhäuser erwartet wegen angespannter wirtschaftlicher Lage Einschränkungen für Patientinnen und Patienten. Wenn Gesundheit zur bloßen Ware verkommt, ist das Gesundheitssystem auf der schiefen Bahn. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Kliniken im Land zu retten?

Dort, wo Menschen gesund gemacht werden sollen, läuft es ganz und gar nicht rund. Unsere Kliniken kränkeln. Mehr als die Hälfte der Krankenhäuser befürchtet, ganze Stationen wegen finanzieller Unterversorgung einschränken zu müssen. Das geht aus einer aktuellen Studie der deutschen Krankenhausgesellschaft hervor. Demnach gehen 51 Prozent der Kliniken davon aus, dass sie die Bettenanzahl reduzieren oder gar ganze Stationen einsparen müssen. 41 Prozent der Kliniken rechnen mit Verschiebungen von Operationen. 35 Prozent der Krankenhäuser prognostizieren, dass sie Personal abbauen werden.

Die Gründe dafür sind extrem gestiegene Kosten für Energie, Lebensmittel und Medizinbedarf. Dazu kommt der anhaltende Personalmangel. Viele Fachkräfte haben den Kliniken, spätestens durch die extrem hohen Belastungen während der Corona-Pandemie, längst den Rücken gekehrt. Das System der Fallpauschalen und anhaltende Privatisierungen haben die Kliniken in einen katastrophalen Zustand versetzt.

»Seit drei Jahren gehen wir deshalb als Verein ‚Pro Krankenhaus‘ auf die Straße, organisieren Demonstrationen und offene Briefe, um gegen die fehlende Gesundheitsversorgung anzugehen.

- Sandra Braun



Sandra Braun und Holger Schulz (von »Pro Krankenhaus Havelberg e. V.«) auf der Großdemo am 20. Januar 2023

Im März musste selbst Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach eingestehen, dass in vielen Krankenhäusern, ob auf dem Land oder in Großstädten, Frust und Finanznöte überwiegen. Die Lage der Krankenhäuser war noch nie so schwierig wie derzeit, räumte der Gesundheitsminister ein. Während Lauterbach die Schultern zuckt, droht vielen Kliniken in Sachsen-Anhalt das Aus. Einst gab es hierzulande ein dichtes Netz von 70 öffentlichen Krankenhäusern, heute gibt es noch 11 Krankenhäuser in öffentlicher Hand.

Dem Kliniksterben auf dem Land entgegentreten

Sandra Braun war jahrelang mit Herzblut Krankenschwester in Havelberg – bis das einstige Kreiskrankenhaus dicht gemacht wurde: »Seit drei Jahren

gehen wir deshalb als Verein ‚Pro Krankenhaus‘ auf die Straße, organisieren Demonstrationen und offene Briefe, um gegen die fehlende Gesundheitsversorgung anzugehen.« Vollwertige Krankenhäuser, mit Intensivmedizin und Notaufnahme, sind in den ländlichen Regionen mittlerweile Mangelware. In Havelberg trifft es die Menschen besonders, denn hier gibt es im Umkreis von knapp 50 Kilometern nun gar keine stationäre, medizinische Versorgung mehr.

Für den einstigen privaten Betreiber brachte das Klinikum wohl nicht mehr genug Gewinn ein. Noch Jahre zuvor erhielt der damalige Klinikkonzern KMG sechs Millionen Euro für die Modernisierung des Krankenhauses aus dem Landeshaushalt. Parallel dazu verpasste es die Landesregierung,

verbindliche Vereinbarungen für den künftigen Erhalt des Krankenhauses im Elbe-Havel-Winkel zu treffen. Sandra Braun, ehemalige Betriebsrätin der Klinik: »Wir führen schon eine schwarze Liste mit Fällen, die durch die fehlende medizinische Grundversorgung Langzeitschäden davongetragen haben, etwa bei Schlaganfällen, wo jede Minute zählt. Es gibt einen gesetzlichen Versorgungsanspruch in Deutschland, aber dieser wird von der Landesregierung einfach ignoriert! Wir haben es satt, immer wieder vertröstet zu werden.« Wulf Gallert, gebürtig aus Havelberg, unterstützt die Protestierenden und hat erreicht, dass die Landesregierung zugesagt hat, ein medizinisches Versorgungszentrum in Havelberg einzurichten. Nur wann, das ist unklar. Man suche noch nach Personal.



Engagiert im Landtag und vor Ort in Havelberg: Wulf Gallert und Eva von Angern, Fraktion DIE LINKE

»Seit Jahren sind die Krankenhäuser unterfinanziert.«

- Nicole Anger

Havelberg ist nur ein trauriges Beispiel für das Kliniksterben in Sachsen-Anhalt. Auch in Genthin wurde die Klinik geschlossen. Aktuell sollen ebenso in Zeitz, Aschersleben und Magdeburg ganze Stationen, insbesondere der Kindermedizin, geschlossen werden.

Ein Rettungsschirm für die Kliniken

Unser Gesundheitssystem steht kurz vor dem Kollaps. Nicole

Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, fordert deshalb einen sofortigen Rettungsschirm für die Krankenhäuser: »Die Landesregierung muss der Pflicht nach öffentlicher Daseinsvorsorge nachkommen und finanzielle Sicherheit für die Kliniken schaffen.« In den Haushaltsdebatten hat die Fraktion DIE LINKE 300 Millionen Euro für den Erhalt aller Kliniken gefordert. Nicole Anger: »Seit Jahren sind die Krankenhäuser unterfinanziert. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass wir ein starkes Krankenhauswesen und flächendeckende Versorgung benötigen. Schließungen

können wir uns nicht leisten, weil die Menschen dann vom Gesundheitssystem abgekoppelt werden.«

Mehr Geld für das Personal und die Ausbildung

Für das Personal in den Kliniken und Pflegeheimen schlägt sich diese Sparpolitik jeden Tag nieder: Überstunden an Überstunden, ein hoher Krankenstand und unbesetzte Stellen sind die Folgen. Mit dem geforderten Rettungsschirm und Tarifanpassungen könnte mehr Personal gewonnen werden. Die Beschäftigten könnten endlich die Anerkennung erfahren,

die ihnen gebührt. Klatschen allein, reicht lange nicht aus. Es braucht mehr Geld für das medizinische Fachpersonal. Ein erster Schritt ist jetzt endlich erfolgt: Auf Druck der Linksfraktion wurde im Landtag die Ausbildungsvergütung für Pflegehelferinnen und Pflegehelfer beschlossen. Damit wird die Ausbildung im medizinischen Bereich attraktiver und dem Pflegenotstand im Land etwas entgegengesetzt. Wir brauchen aber ein grundlegendes Umdenken. Die Gesundheitsversorgung darf nicht länger den Mechanismen des Marktes unterworfen werden, denn dann verlieren alle. Wir bleiben dran. Versprochen!

Zahlen, Daten, Fakten

- Einst gab es in Sachsen-Anhalt ein dichtes Netz von **70 öffentlichen Krankenhäusern**, heute gibt es noch **11 Kliniken** in öffentlicher Hand.
- **51 Prozent** der Kliniken gehen davon aus, dass sie die Bettenanzahl reduzieren oder ganze Stationen einsparen müssen.
- **41 Prozent** der Kliniken rechnen mit Verschiebungen von Operationen.
- **35 Prozent** der Krankenhäuser prognostizieren, dass sie Personal abbauen werden.



Nicole Anger
gesundheitspolitische
Sprecherin

Ostdeutsche Lebensleistung – Entschädigungen für entgangene Rentenansprüche müssen kommen

Seit über 30 Jahre fordern tausende Seniorinnen und Senioren die Anerkennung ihrer in der DDR erworbenen Zusatzansprüche für die Rente. Zu den betroffenen Berufs- und Personengruppen gehören u.a. Krankenschwestern, Bergleute, Eisenbahner, aber auch in der DDR geschiedene Frauen.

»Es reicht einfach nicht mehr zum Leben.« Dieser traurige Satz kommt vielen Seniorinnen und Senioren aktuell über die Lippen. Über 30 Prozent höhere Preise beim Einkaufen und hohe Abschlagszahlungen für das Heizen. Armut im hohen Alter ist für viele Menschen Wirklichkeit geworden. Eine Mini-Rente zu erhalten, heißt, keinen Spielraum für eine Tasse Kaffee und ein Stück Torte oder einen Ausflug übrig zu haben.

»Wir stellen zunehmende Vereinsamung und mehr Suizidversuche fest.

- Angelika Küstermann

»Für die Älteren spitzt sich die Lage jetzt immer mehr zu.«, so Angelika Küstermann von der Landesseniorenvertretung. »Viele wissen nicht, wie sie steigende Preise bezahlen sollen. Wir stellen zunehmende Vereinsamung und mehr Suizidversuche fest.«

Gegen Armut braucht es höhere Löhne und Renten, so sieht das Monika Hohmann, zuständig für

Seniorenpolitik bei der Fraktion DIE LINKE: »Die Menschen, die hart in der DDR gearbeitet haben, müssen endlich alle Rentenansprüche aus DDR-Zeiten anerkannt bekommen. Bei der Rentenüberleitung wurden einige dieser Ansprüche schlichtweg vergessen.«

2018 hatte die damalige Bundesregierung endlich verein-

bart, Härtefälle der Rentenüberleitung Ost-West zu überprüfen. Der daraus entstandene Härtefallfonds soll nicht anerkannte Rentenansprüche durch einmalige Entschädigungszahlung ausgleichen.

Aber, der Härtefallfonds zielt nur ab auf Menschen mit sehr kleinen Renten in der Nähe der Grundsicherung. Nach Schätzungen der Bundesregierung wären etwa 10 000 bis 13 000 Menschen in Sachsen-Anhalt und etwa 60 000 Menschen in Ostdeutschland anspruchsberechtigt. Neben dieser Gruppe richtet sich der Fonds bundesweit auch an ehemalige Spät-

aussiedlerinnen und Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion und jüdische Kontingentflüchtlinge.

Es gibt viel Kritik an dieser Minimallösung. Aber für Menschen mit kleinen Renten ist sie wichtig. Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb den Beitritt des Landes Sachsen-Anhalt zur Härtefallstiftung, um die Zahlungen von 2.500 auf 5.000 Euro zu erhöhen. Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, beides Länder mit der LINKEN in Regierungsverantwortung, werden genau dies tun.

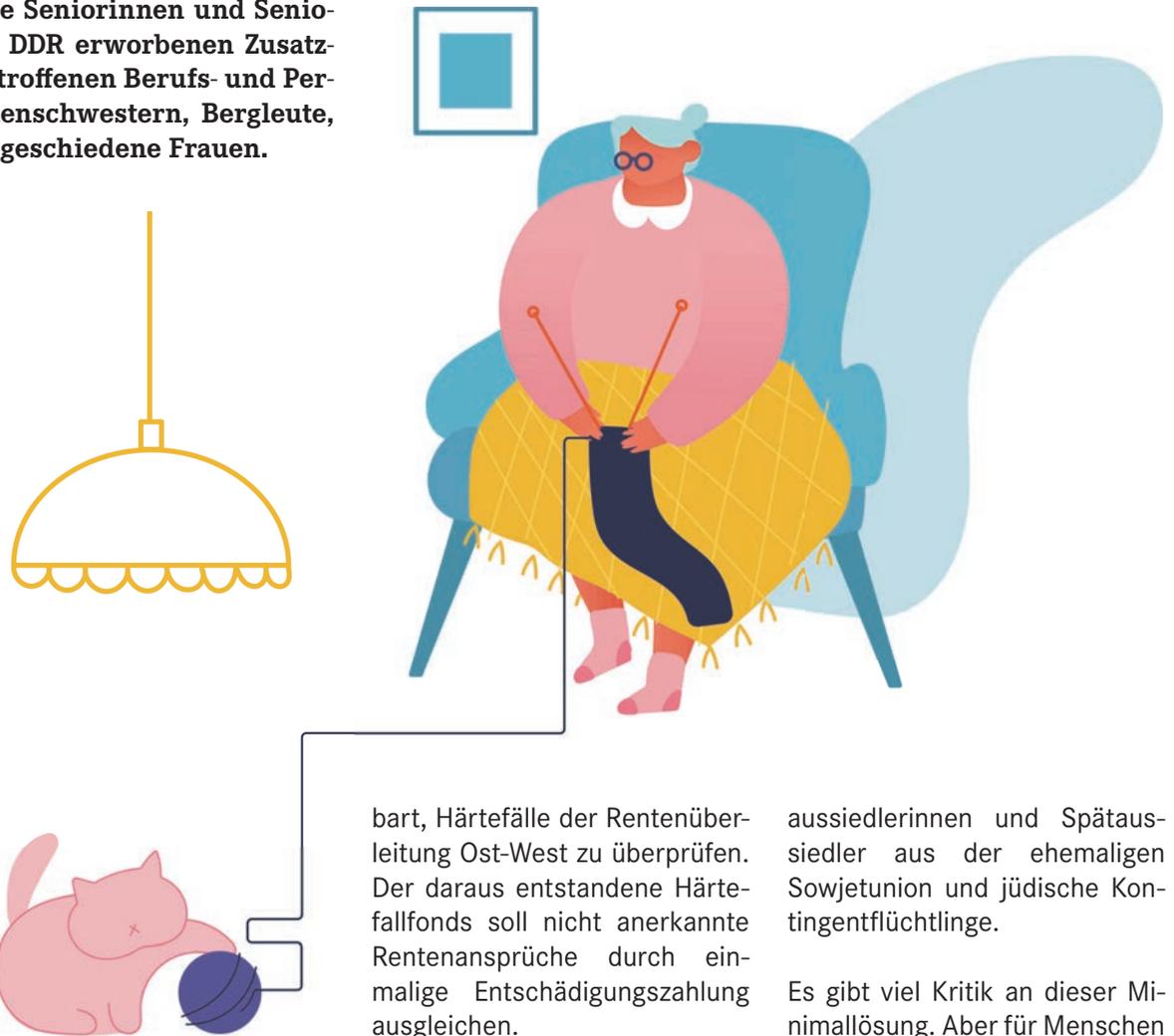
Die CDU-geführte Landesregierung in Sachsen-Anhalt aber lehnt die Beteiligung an Entschädigungen ab. Damit entzieht sich die CDU auf Landesebene dem Konstrukt, das sie im Bund selbst verhandelt hat.

Entschädigungen aus dem Härtefallfonds

- Bei der Wiedervereinigung wurden Zusatzansprüche etlicher Beschäftigungsgruppen aus DDR-Zeiten aberkannt.
- DIE LINKE fordert, die Entschädigungen zu verdoppeln, dafür muss das Land Sachsen-Anhalt der Härtefallstiftung beitreten.
- Darüber hinaus fordern Betroffene und DIE LINKE einen „Gerechtigkeitsfonds“, der die Gruppen der Anspruchsberechtigten deutlich erweitert und nicht nur auf Härtefälle beschränkt.
- Anträge für den Härtefallfonds sind online beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales abrufbar: <https://www.bmas.de>
Die Stiftung ist unter der E-Mailadresse gst@stiftung-haertefallfonds.de erreichbar.



Monika Hohmann
seniorenpolitische Sprecherin



Intel für Magdeburg – mangelnde Transparenz der Landesregierung

Seit März 2022 ist es offiziell: Der US-Chiphersteller Intel will nach Magdeburg kommen. Die Intel-Ansiedlung soll die größte Firmenansiedlung in Sachsen-Anhalt nach der Wende werden. Doch die Kommunikation der Landesregierung dazu ist mangelhaft, wie Kerstin Eisenreich im Interview erklärt.

Intel kommt nach Magdeburg – ein Gewinn für das Land?

Kerstin Eisenreich: »Tausende neue Arbeitsplätze, die endlich einmal nicht im Niedriglohnsektor angesiedelt sind – das ist ein großer Zugewinn für Sachsen-Anhalt! Doch die Intel-Ansiedlung wird nicht billig. Der Chipriese fordert knapp 10 Milliarden Euro aus der öffentlichen Hand dafür, dass künftig Chips für den Weltmarkt in Magdeburg produziert werden sollen. Wenn man bedenkt, wie sehr kleinere Betriebe oft um ein paar Fördergelder ringen müssen, erscheint diese Großzügigkeit nicht gerade gerecht.«

DIE LINKE kritisiert mangelnde Transparenz der Landes-



Die Intel Corporation will in Magdeburg im großen Stil produzieren

regierung. Was ist damit gemeint?

»Die geplante Intel-Ansiedlung wirft viele Fragen auf, die bisher von der Landesregierung nicht beantwortet wurden. Zeitpläne für Bau- sowie Produktionsstart und die Gesamtsumme an Steuern, die am Ende an den US-Chiphersteller überwiesen werden sollen, bleiben völlig unklar. Erst nach einer Anfrage an

das Bundeswirtschaftsministerium durch DIE LINKE Bundestagsfraktion wurde überhaupt erst öffentlich, dass sich der ursprünglich für Anfang 2023 geplante Spatenstich verzögert. Hier braucht es mehr Transparenz für die Menschen in Sachsen-Anhalt.«

»Wieso sollte ein Megakonzern nur einen Bruchteil der aktuellen Energiepreise bezahlen? Wer zahlt dann drauf?

- Kerstin Eisenreich

Der Chipriese hat viele Forderungen gestellt, um die Ansiedlung umzusetzen. Sind diese machbar?

»Der Erfolg der Intel-Ansiedlung hängt maßgeblich davon ab, ob die Entscheidungen der Regierung bei der Intel-Ansiedlung für die Menschen in Sachsen-Anhalt verständlich sein werden oder nicht. Die Forderung von Intel, den Strompreis für das Chipwerk dauerhaft auf 6 Cent zu begrenzen, wird den sozialen Frieden gefährden. Wieso soll-

te ein Megakonzern nur einen Bruchteil der aktuellen Energiepreise bezahlen? Wer zahlt dann drauf? Intel soll einen eigenen Windpark erhalten. Die Elbe soll für die notwendigen Wassermassen angezapft werden. Wertvolle Biordeböden sollen abgetragen werden, um sie weiter nutzen zu können. Welche Folgen hat das für die Region? Intel stellt riesige Forderungen. Ich habe kein Vertrauen in die Landesregierung, diese Herausforderungen zu lösen, ohne neue Probleme zu schaffen.«

Was wünschen Sie sich?

»DIE LINKE hat klargemacht, dass die aktuell mangelhafte Hinterzimmer-Politik bei der Ansiedlung des Chipherstellers nicht erfolgreich sein kann. Es braucht mehr Beteiligung und einen zeitweiligen Ausschuss im Landtag, damit die wichtigsten Schritte bei der Intel-Ansiedlung gemeinsam besprochen werden können. Fragen müssen beantwortet, Risiken und Kritik berücksichtigt werden.«



Kerstin Eisenreich: Unsere Expertin für den Strukturwandel im Landtag

Bildungsgipfel: Gipfel der Schamlosigkeit

Jeder, der Kinder im schulpflichtigen Alter hat oder kennt, weiß, wie es um die Bildung an den Schulen in Sachsen-Anhalt steht. Der Mangel an Lehrkräften hat solch ein Ausmaß angenommen, dass von guter Bildung schon lange keine Rede mehr sein kann. Notbetreuung trifft es besser. Fakt ist: Am Ende des vergangenen Schuljahrs fehlten bei fast 12.000 Schülerinnen und Schüler Zeugnisnoten, weil der Unterricht wegen des Lehrkräftemangels zu oft ausgefallen war oder gar nicht erteilt wurde. Die Idee der 4-Tage-Woche an unseren Schulen ist auch keine Lösung, sondern das katastrophale Ergebnis dieses Desasters. Wer ernsthaft glaubt, das Problem mit einem Tag Home-Schooling in der Woche in den Griff zu bekommen, kapituliert vor der Bildungskrise.

Gut, dass der Ministerpräsident das Problem endlich erkannt hat und Anfang 2023 zu einem Bil-

dungsgipfel geladen hat! Sollte man meinen: Denn das, was als Bildungsgipfel großspurig angekündigt wurde, war vielmehr ein Gipfel der Schamlosigkeit, findet GEW-Vorsitzende Eva Gerth. Sie war bei dem Bildungsgipfel, ist jedoch vorzeitig gegangen. Warum?

»Die Landesregierung hat lediglich mündlich darüber informiert, dass die Lehrkräfte künftig zu Mehrarbeit verpflichtet werden können. Diese Zwangsmaßnahme lehnen wir ab, deshalb bin ich gegangen.«

- Eva Gerth

»Die Veranstaltung war nicht – wie angekündigt – ein Dialog. Die Landesregierung hat ledig-

lich mündlich darüber informiert, dass die Lehrkräfte künftig zu Mehrarbeit verpflichtet werden können. Diese Zwangsmaßnahme lehnen wir ab, deshalb bin ich gegangen«, erklärt uns Eva Gerth.

Seit Jahren, so die GEW-Vorsitzende, liegen Berichte vor, die den Personalmangel an unseren Schulen offengelegt haben. »Gehandelt wurde viel zu zögerlich. Jetzt ist der Karren im Dreck und was macht die Landesregierung? Sie macht nicht den Job attraktiver, um mehr Kolleg:innen nach Sachsen-Anhalt zu bringen. Nein, sie erhöht einfach unsere Arbeitszeit und fordert dafür auch noch Verständnis ein. Das haben wir nicht!«

Eva Gerth steht mit ihrer Kritik nicht allein da. Auch die Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter an Gymnasien in Sachsen-Anhalt (VSG) sieht im Bildungsgipfel ein »kontra-

produktives Signal«, das für »Unruhe und Empörung« Sorge, wie aus einer öffentlichen Stellungnahme der Vereinigung hervorgeht. Von ersten Kündigungen wird berichtet und von Lehrkräften, die »nun erst recht den frühestmöglichen gesetzlichen Renteneintritt« in Anspruch nehmen wollen. Kein Wunder: Jetzt sollen ausgerechnet die Lehrerinnen und Lehrer zur Kasse gebeten werden, die in den letzten Jahren unter großen persönlichen Anstrengungen versucht haben, die Lücken im Stundenplan irgendwie zu schließen. Wertschätzung und Würdigung sieht anders aus. Wir müssen damit rechnen, dass so manche Lehrkraft Sachsen-Anhalt verlassen wird oder sich die Entscheidung, hier neu anzufangen, noch einmal reiflich überlegt.

»Haseloffs Bildungsgipfel ist kein Feuerlöscher, sondern ein Brandbeschleuniger.«

- Thomas Lippmann

»Haseloffs Bildungsgipfel ist kein Feuerlöscher, sondern ein Brandbeschleuniger«, meint auch Thomas Lippmann (DIE LINKE). Der Landtagsabgeordnete und Bildungsexperte hat angesichts jahrlanger Versäumnisse der Landesregierung für den Bildungsgipfel nur ein Kopfschütteln übrig: »Der Lehrkräftemangel in Sachsen-Anhalt ist ein Problem, das wir seit Jahren anprangern. Sehenden Auges wurde eine Chance nach der anderen vertan, um ausreichend Lehrerinnen und Lehrer für den Schuldienst zu gewinnen«, kritisiert Lippmann. »Viel früher und in größeren Schritten hätte das Land die Zahl der Studienplätze für Lehramt erhöhen und die Zugangsbeschränkungen in allen Mangelfächern aufheben müs-



Vor dem Landtag: Eva Gerth auf der JA13-Kundgebung der GEW Sachsen-Anhalt für die Eingruppierung von Grundschullehrkräften in die Besoldungs- bzw. Entgeltstufe A 13/E 13



Bildungsexperte und stellvertretender Fraktionsvorsitzender in seinem Element: Thomas Lippmann als Redner auf einer Demonstration der GEW Sachsen-Anhalt

sen. Und das nicht nur an der Universität in Halle, sondern auch in Magdeburg. Mehr Lehrkräfte kann man nur gewinnen, wenn der Beruf attraktiv bleibt. Doch jetzt, wo der Mangel allgegenwärtig ist, erhöht sich der Druck auf die Lehrerinnen und Lehrer weiter, was zu zusätzlichen Abgängen und Krankschreibungen führt und die angespannte Situation weiter zuspitzt – ein regel-

rechter Teufelskreislauf«, so der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion.

»Doch jetzt, wo der Mangel allgegenwärtig ist, erhöht sich der Druck auf die Lehrerinnen und Lehrer weiter

- Thomas Lippmann

Mit einer Entspannung ist nicht zu rechnen: In den nächsten Jahren werden viele Lehrerinnen und Lehrer in der wohlverdienten Ruhestand gehen. Ihnen gegenüber steht eine deutlich kleinere Anzahl von Neueinstellungen. Die Landesregierung hetzt dem Problem hinterher, bekommt es aber nicht in den Griff. So wurden sogenannte Headhunter von der Landesre-

gierung bezahlt, die Lehrkräfte anheuern sollen. Die Ausbeute ist überschaubar: 75 Lehrerinnen und Lehrer konnten so im In- und Ausland angeworben werden. Kosten pro Lehrkraft: 16.000 Euro an Steuergeldern. Ob sich das gelohnt hat? Fest steht: Das Problem wird die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte im Land noch viele Jahrgänge begleiten. Die Leidtragenden sind Kinder und Jugendliche, die die Bildungskrise ausbaden müssen und deren Zukunftschancen auf dem Spiel stehen.

Forderungen der Fraktion DIE LINKE

- 1500 zusätzliche Lehramtsstudienplätze und eine Vereinfachung der Zulassungsbeschränkungen
- mehr pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Grund-, Förder- und Ganztagschulen
- ein Landesprogramm für Schulsozialarbeit mit 400 Dauerstellen ab 2023/2024
- vereinfachte Bewerbungskriterien bei Neueinstellungen und verbesserte Rahmenbedingungen für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger
- Nein zur verpflichtenden Vorgriffstunde für alle Lehrkräfte
- A 13 für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer bis spätestens 2024
- Einführung von berufspraktischen Unterricht: ein Tag je Unterrichtswoche in den Schuljahrgängen 8 und 9 in allen Schulen der Sekundarstufe I
- Längeres, gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen
- Gute Bildung für alle Kinder von Anfang an



Thomas Lippmann
bildungspolitischer Sprecher

Luxus: Leben?

»Wer soll das bezahlen? Wer hat das bestellt? Wer hat so viel Pinkepinke? Wer hat so viel Geld?« Sind Ihnen diese Zeilen aus einem Lied von Jupp Schmitz in letzter Zeit auch schonmal durch den Kopf gegangen, während Sie an der an der Supermarktkasse standen oder den Brief mit der neuen Abschlagszahlung in den Händen hielten?

Es ist blanker Wahnsinn, wie die Preise für Lebensmittel (+20,3 Prozent) und Energie (+47,1 Prozent) in Sachsen-Anhalt explodiert sind. Von solchen Lohnzuwächsen können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur träumen. Fest steht, Inflation und Energiekrise treiben Hunderttausende Menschen in Armut, in Energiearmut. Sachsen-Anhalt als Niedriglohnland ist besonders hart betroffen.



Ulrike Brösner ist Anwältin für Sozial- und Asylrecht in Dessau

Menschen, die in finanzielle Schieflagen geraten und Rechnungen nicht zahlen können, sitzen früher oder später wortwörtlich im Dunkeln: Ihnen wird der Strom oder das Gas abgestellt. Was das mit Menschen macht, weiß Ulrike Brösner. Die 57-jährige Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Sozial- und Asylrecht lebt seit 30 Jahren in

Dessau. Sie unterstützt und berät auch Menschen, denen sogenannte Energiesperren drohen. Wenn nötig, geht sie auch vor Gericht. »Seit etwa 10 Jahren nehmen die Fälle zu. Die Energiekrise hat die Situation verschärft«, erklärt uns Frau Brösner.

»Wenn auf einmal der Strom, die Heizung oder das Wasser abgestellt wird, dann geht es an die nackte Existenz. Das ist hart.«

- Ulrike Brösner

Die große Welle, meint sie, komme erst noch in den nächsten Wochen und Monaten, wenn die Rechnungen mit den Nachzahlungen ins Haus flattern. »Meistens versuchen wir mit den Stadtwerken eine außergerichtliche Einigung zu erzielen. Aktuell habe ich aber auch einen Fall, der vor Gericht landet, da haben die Stadtwerke gar kein Interesse an einer Einigung, z. B. Ratenzahlung, obwohl der Mandant ehrlich bemüht ist, seine Rechnung zu begleichen«, erzählt die Rechtsanwältin. »Viele meiner Mandantinnen und Mandanten sind psychisch wirklich am Ende. Wenn auf einmal der Strom, die Heizung oder das Wasser abgestellt

wird, dann geht es an die nackte Existenz. Das ist hart.« Dieser unwürdige Umgang mit Menschen macht Ulrike Brösner wütend. Manchmal, sagt sie, sind es sogar Familien mit kleinen Kindern, denen Energiesperren drohen. Ihre Erwartungen an die Politik sind eindeutig: »Energiesperren gehören verboten, ganz klar! Wer



Stadtrat Thale sitzt. »Deshalb ist es mein Herzensanliegen, lokale Kulturangebote für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, zu schaffen.«

»Der Besuch im Theater, Kino oder Konzert darf kein Luxus werden.«

- Maik Fye

so mit den Menschen umgeht, der gefährdet den sozialen Frieden. Das ist im höchsten Maße unverantwortlich.«

Während die Sozialberatungen mit Anfragen überflutet werden, haben Inflation und Energiekrise in der Kulturbranche für eine anhaltende Flaute gesorgt. Maik Fye engagiert sich seit vielen Jahren in der sachsen-anhaltischen Veranstaltungsbranche, insbesondere in Thale: »Kultur ist das Fundament unserer Gesellschaft«, findet der 44-jährige, der für DIE LINKE auch im

Doch die Situation ist angespannt: Die Pandemie, erklärt er uns, habe »tiefe Wunden« hinterlassen, viele Menschen aus der Kulturbranche hätten im Lockdown den Job gewechselt, wodurch sich der Personalmangel zugespitzt habe. »Die Energiepreisexplosion kommt jetzt oben drauf und wirkt wie ein Teufelskreis: Die Produktionskosten von Kulturveranstaltungen sind deutlich gestiegen. Weil die Veranstalter:innen natürlich auch schwarze Zahlen schreiben müssen, steigen die Ticketpreise.« Das Problem: Wenn in der

Inflation alles teurer wird und die Gehälter nicht ansteigen, haben die Leute auch weniger Geld für Kultur übrig. »Man merkt, dass sich Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen seltener Kultur leisten können. In der Pandemie fand keine Kultur statt, jetzt haben die Leute weniger Geld, weil alles teurer geworden ist«, so Maik Fye. »Der Besuch im Theater, Kino oder Konzert darf kein Luxus werden.«

»Dann können wir nicht auf bessere Zeiten warten, sondern brauchen jemanden, der Druck macht und Lösungsvorschläge auf den Tisch packt. Das ist unser Job!

- Eva von Angern

Im sachsen-anhaltischen Landtag ist es DIE LINKE, die konkrete Ideen bei jeder Landtagssitzung einbringt, um den Menschen zeitnah und unbürokratisch zu helfen. Die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern erklärt, warum das so wichtig und richtig ist: »Wenn Rentnerinnen und Rentner plötzlich die Stromrechnung nicht mehr zahlen können oder bei der Alleinerziehenden am Ende



Maik Fye, Stadtrat in Thale



Gegen soziale Kälte: Anfang des Jahres war Eva von Angern und die Fraktion auf dem Marktplatz in Dessau. Unsere Hauptforderung prangerte dabei deutlich auf über vier Metern Größe: »Preisexpllosion stoppen, Menschen entlasten, Armut verhindern!«

des Monats das Konto und der Kühlschrank leer sind, dann ist das akute Not. Dann können wir nicht auf bessere Zeiten warten, sondern brauchen jemanden, der Druck macht und Lösungsvorschläge auf den Tisch packt. Das ist unser Job!«

Dies ist der Linkspartei zum Teil gelungen, obwohl sie in Sachsen-Anhalt nicht in der Regierung ist. Dass die Gasumlage vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher belastet und gekippt werden muss und die Energiepreise anstelle dessen gedeckelt werden müssen,

hat DIE LINKE immer wieder in die Debatte eingebracht. Mit Erfolg: Ohne DIE LINKE hätte die Regierung nicht gehandelt. So konnte noch Schlimmeres verhindert werden. Aber auch praktische Hilfe ist in Notsituationen wichtig: »Wir sind verstärkt auf der Straße und in den Fußgängerzonen unterwegs, um mit den Leuten zu reden. Wir bieten Sozialberatungen an und unterstützen Menschen, die sich an uns wenden, wenn sie in finanzielle Engpässe geraten sind«, sagt Fraktionschefin Eva von Angern. »Der Gesprächsbedarf ist riesig und wir kümmern

uns. Das ist unsere Kernkompetenz«, meint Eva von Angern.

Faire Löhne, Renten oberhalb der Armutsgrenze und eine Kindheit ohne Armut für jedes Kind in Sachsen-Anhalt sind keine Träumereien, sondern Gegenstand von Verteilungskämpfen. DIE LINKE steht felsenfest an der Seite derer, die hart für ihr Geld arbeiten und trotzdem am Monatsende jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Ein Leben in Würde für Alle ist und bleibt unser Anspruch an gute Politik für Sachsen-Anhalt.

DIE LINKE hat im Landtag beantragt

- Härtefallfonds über 10 Millionen Euro für Menschen, die ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können!
- Verbot von Strom- und Gassperren, damit niemand im Winter frieren muss
- Kostenlose Energiegrundkontingente, denn Energie ist ein Grundrecht
- Einnahmen aus der CO2-Bepreisung als sozial gerechtes Klimageld an die Menschen ausgeben
- Kindergrundsicherung

Kurz & knapp ...



Rassistische Chats bei der Polizei sind ein strukturelles Problem!

Neonazistische, rechtsextreme Äußerungen in der Polizei sind eine Kampfansage an die demokratische Gesellschaft. Solche Einstellungen zeigen sich nicht nur in Chatgruppen. Wer solche Inhalte teilt, der handelt möglicherweise auch so.

DIE LINKE ist der Meinung: Die Politik und das Parlament sind in der Verantwortung, wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Unterwanderung des Polizeiapparats durch Rechtsextreme zu ergreifen. Die Menschen in Sachsen-Anhalt müssen sich darauf verlassen können, dass sie bei der Polizei nicht auf Rechtsextreme treffen.



Henriette Quade
innenpolitische Sprecherin



Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende



Kindergrundsicherung darf nicht unter die Räder kommen!

In Sachsen-Anhalt leidet jedes vierte Kind und fast jeder dritte Jugendliche und junger Erwachsene unter Armut. Das waren 2021 knapp 82.000 Kinder sowie über 43.000 junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren. Gegen Kinderarmut sind Kinder schutzlos. Der Staat muss entschlossen handeln, um Armut zu verhindern.

Deshalb muss die Kindergrundsicherung jetzt das Kindergeld ablösen und darf nicht als Verhandlungsmasse der Ampel-Koalition hinten runterfallen.



FDP auf Irrwegen – keine Atomkraft und kein Fracking in der Altmark!

Ein Comeback der Atomkraft und Fracking in der Altmark? Das, was die Konzernlobby-Partei FDP energiepolitisch vorschlägt, ist einfach nur unverantwortlich und hat mit Klimaschutz nichts am Hut. Damit der CO₂-Ausstoß in Deutschland spürbar gesenkt wird, helfen keine Atomkraftwerke, sondern erneuerbare Energien. Ungelöst ist nach wie vor die Endlagerfrage. Fracking in der Altmark wäre eine akute Gefahr für das Grundwasser und die Natur, eine Bedrohung für den Tourismus in der Region mit fatalen Auswirkungen für die Menschen vor Ort. Die Idee der FDP ist schlicht Unsinn.



Kerstin Eisenreich
energiepolitische Sprecherin



Wulf Gallert
europapolitischer Sprecher



Für Friedensverhandlungen und Waffenstillstand!

Der Krieg in der Ukraine hält die Welt seit über einem Jahr in Atem. Seit über einem Jahr verlieren Menschen in diesem furchtbaren Krieg ihr Leben, ihre Heimat, ihr Zuhause. Dieser Wahnsinn muss schnellst möglich beendet werden.

Wir brauchen einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Dabei sind zwei Dinge für uns nicht verhandelbar: Die Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern und das Völkerrecht.



Im Fokus: Dornrosa e. V.

Die beiden Leiterinnen des Frauenzentrums Weibervirtschaft:
Jutta Jahn und Katja Reindel

Frauen im Dornrosa e. V. aus Halle setzen sich seit 1991 für mehr Geschlechtergerechtigkeit ein und geben Frauen und Mädchen einen Ort, an dem sie Unterstützung erhalten. Was sind aktuelle Projekte und wer macht mit?

Jutta Jahn: »Wir setzen uns für die Belange von Frauen, für Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit ein. Dornrosa bietet für Frauen aus verschiedenen Kulturkreisen, für alle sexuelle Orientierungen bzw. religiöse Zugehörigkeiten Beratung, Bildung und Kultur an. Wir sind Teil unterschiedlicher kommunaler sowie landesweiter Gremien und unsere Projekte sind vielfältig: LebensWERTE LebensWEISEN gibt diversen Lebensweisen, Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen

einen Raum. Außerdem organisieren wir regelmäßig die Queer Movie Nights und beteiligen uns am IDAHOBIT und dem CSD. Wir organisieren außerdem seit 28 Jahren die Halleschen FrauenKulturTage sowie ein neues Projekt zu DDR-Künstlerinnen aus Sachsen-Anhalt. In unserer Frauen- und Mädchenbibliothek halten wir ca. 4.300 Publikationen zur Ausleihe bereit. Mit Lesungen, Workshops, dem „Dornrosa Podcast“ und der queeren Sendung „LeSBIT“ bei Radio Corax wollen wir möglichst viele unterschiedliche Menschen erreichen.«

Die Pandemie war für Frauen und Mädchen eine besondere Herausforderung. Schule oder Erwerbsarbeit zu Hause zu leisten und nebenbei noch Kinder zu betreuen, hat Frau-

en und Mädchen viel abverlangt. Welche Spuren hat die Pandemie hinterlassen?

»Die Gleichberechtigung bzw. die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht ansatzweise erfüllt.

- Jutta Jahn

»Die Pandemie-Zeit war für Mädchen und Frauen besonders hart. Mütter mit Kindern mussten Kinderbetreuung sowie Homeoffice mit erheblichen Mehrfachbelastungen bewältigen. Das Frauenzentrum musste für Besucher:innen schließen. Frauen, die in der Pandemie häusliche, sexualisierte Gewalt erlebten, konnten wir nur eingeschränkt helfen. Dabei gab

es verstärkt das Bedürfnis, sich auszutauschen und zu solidarisieren.«

Der 8. März ist Kampftag für Gleichstellung und Feminismus. Was sind 2023 die zentralen Forderungen zum 8. März?

»Die Gleichberechtigung bzw. die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht ansatzweise erfüllt. Die Kämpfe dafür haben sich seit mehr als 100 Jahren – seit der Einführung des Frauentags – kaum verändert. Rollen- und Geschlechterbilder haben sich zwar gewandelt, Diskriminierungen gehören aber immer noch zum Alltag. Eine gläserne Decke blockiert Zugänge für Frauen zu allen sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Bereichen. Kämpfe für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, gegen Gewalt an Frauen, Mädchen und LGBTIQ+ stehen nach wie vor auf der Tagesordnung. Ausdruck der unzureichenden Würdigung der Arbeit der Frauenzentren sind die immer umfangreicheren Verwaltungs- und Buchhaltungsaufgaben. Für jedes Frauenzentrum in Sachsen-Anhalt wird nur je eine Personalstelle gefördert, die Leiterin muss sämtliche Aufgaben übernehmen.

Wir kämpfen dafür, diese Umstände zu ändern!«



Die Räumlichkeiten des Vereins in der Karl-Liebknecht-Straße 34 in Halle (Saale)

Für Sie vor Ort!



Monika Hohmann

Lange Gasse 3
06484 Quedlinburg
03946 8191267
www.monika-hohmann.de

Karlstraße 4
06844 Dessau



Andreas Henke

Hoher Weg 12b
38820 Halberstadt
03941 5952200
www.andreas-henke-lsa.de

Karlstraße 4
06844 Dessau



Stefan Gebhardt

Göpenstraße 25
06526 Sangerhausen
03464 6069875
www.stefan-gebhardt.de

Oststraße 5
06449 Aschersleben



Christina Buchheim

Friedrich-Ebert-Straße 22
06366 Köthen
03496 700347
www.christina-buchheim.de

Burgstraße 42
06749 Bitterfeld-Wolfen
03493 9679783



Hendrik Lange

Am Gastronom 14
06124 Halle-Neustadt
0345 4701678
www.hendriklange.de

Neumarkt 12
06712 Zeitz



Guido Henke

Ritterstraße 1
39340 Haldensleben
03904 7243422

Neuperverstraße 47
29410 Salzwedel



Thomas Lippmann

Pfaffengasse 4
06886 Lutherstadt Wittenberg
03491 402865
www.thomas-lippmann.de



Henriette Quade

Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
0177 4410218
www.henriette-quade.de



Kerstin Eisenreich

Burgstraße 9
06217 Merseburg
03461 276986
www.kerstin-eisenreich.de

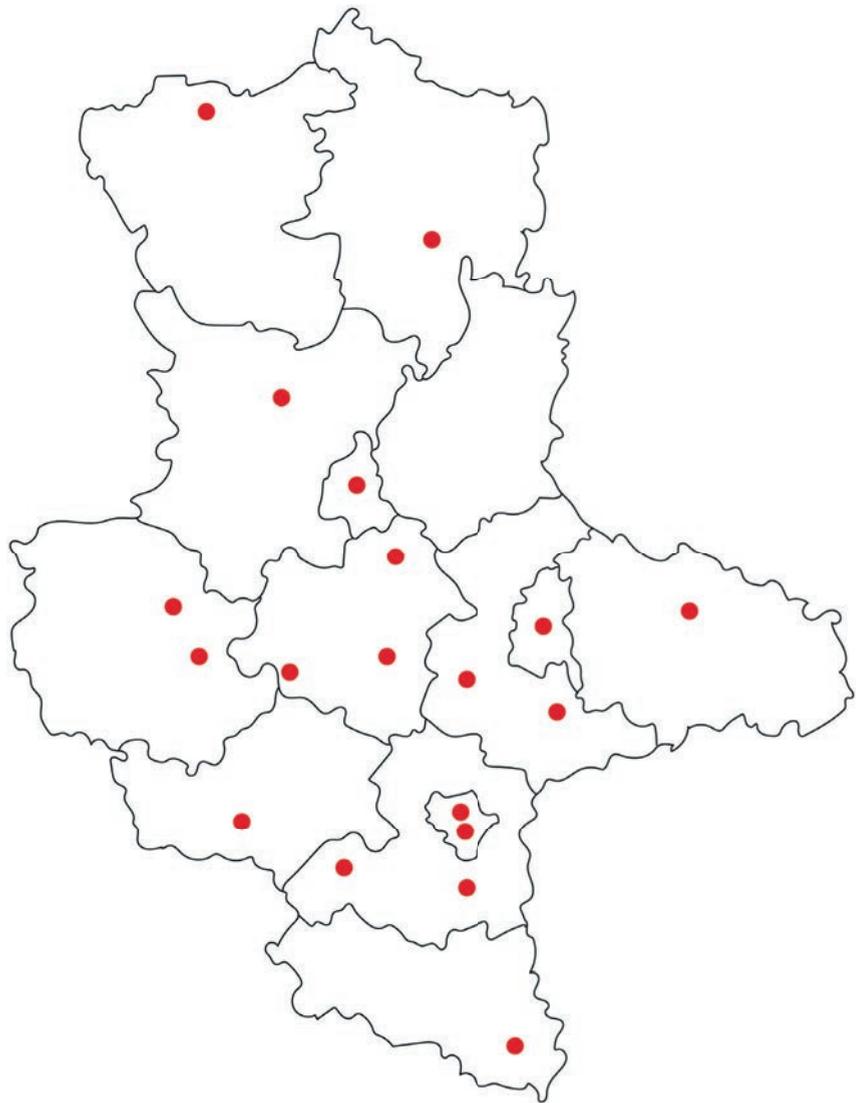
Nebraer Straße 18
06268 Querfurt
Neumarkt 12
06712 Zeitz



Eva von Angern

Pfännerstraße 9
39218 Schönebeck (Elbe)
03928 7638944
www.evavonangern.de

Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
03471 622947
Oststraße 5
06449 Aschersleben
Neuperverstraße 47
29410 Salzwedel



Wulf Gallert

Anne-Frank-Straße 20
39576 Stendal
03931 519749
www.wulfgallert.de



Nicole Anger

Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
0391 50672800
www.nicole-anger.de

Soziale Netzwerke



fb.com/FraktionDIELINKE.LSA



twitter.com/LinksfraktionSt



instagram.com/linksfraktion_lsa

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5605003
Fax: 0391/5605008
E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-lsa.de

V.i.S.d.P.: Oliver Wiebe
Redaktion: Karsten Stöber, Oliver Wiebe,
Marten Dietrich
Layout: Rayk Weber, Fraktion, privat,
Fotos: Adobe Stock, unsplash.com
Hinweis: Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Sie möchten die »Klipp&Klar« künftig digital erhalten oder haben Interesse an Informationsmaterialien unserer Fraktion?

Bitte senden Sie mir die »Klipp&Klar« künftig an folgende E-Mail-Adresse:

Bitte senden Sie mir Informationsmaterialien an folgende Adresse:

Einfach ausschneiden und an Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt Domplatz 6-9 39104 Magdeburg senden. Oder schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Betreff »Klipp&Klar« an fraktion@dielinke.landtag-lsa.de

